

Ins „Übergangssystem“ oder ersatzweise in geförderte Berufsausbildung?

Regionale Unterschiede im Umgang mit Bewerberinnen und Bewerbern ohne betriebliche Lehrstelle

► Mehr als die Hälfte der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Ausbildungsstellenbewerber/-innen mündete in den letzten Jahren bis zum Start des neuen Ausbildungsjahres nicht in eine betriebliche Lehre ein. Dabei bringen diese Jugendlichen offiziell die Voraussetzungen für die Aufnahme einer Berufsausbildung mit. Was tun sie stattdessen? Der folgende Beitrag geht dieser Frage nach und untersucht, warum sich in einigen Regionen viele der Betroffenen ersatzweise außerbetrieblich ausbilden lassen, während anderswo die meisten im Übergangssystem verbleiben. Sind die regional unterschiedlichen Verbleibe von den Jugendlichen so gewollt? Oder sind sie Folge des Anpassungsdrucks an die jeweiligen Bildungsangebote, die vor Ort überhaupt noch zur Verfügung stehen?

Was machen Bewerber/-innen, die nicht in eine betriebliche Ausbildung einmünden?

Jugendliche, die eine Berufsausbildung absolvieren möchten, können hierfür die Unterstützung der Arbeitsverwaltung in Anspruch nehmen. Diese prüft jedoch zunächst, ob die Jugendlichen dafür geeignet sind bzw. die Voraussetzungen dafür mitbringen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009a). Nur die Jugendlichen, die diese Kriterien erfüllen, werden als „Ausbildungsstellenbewerber“ geführt (im Jahr 2008 waren dies 620.037 und im Jahr 2009 551.650 Fälle). Nicht ausbildungsreife Jugendliche werden im Zuge der Berufsvorbereitung gefördert und sind in der Gruppe der registrierten Bewerber/-innen nicht enthalten.

In den letzten Jahren mündete von den offiziell zur Ausbildung befähigten Bewerberinnen und Bewerbern allerdings über die Hälfte nicht in eine betriebliche Ausbildungsstelle ein. Dies traf im Jahr 2008 auf rd. 371.000 (60%) und in 2009 auf 340.000 (61%) zu. Die Ausbildungsmarktstatistik enthält keine Angaben zu den Gründen für den Verbleib außerhalb einer betrieblichen Lehrstelle, wohl aber dazu, was die Betroffenen stattdessen machen (vgl. Tab. 1, linke Hälfte).

Demnach fallen die alternativen Verbleibe sehr unterschiedlich aus. Sie reichen vom Beginn eines Freiwilligen Sozialen Jahrs über die Teilnahme an teilqualifizierenden Maßnahmen (z. B. EQ) bis hin zur Aufnahme eines Studiums oder einer außerbetrieblichen Berufsausbildung.

Große regionale Unterschiede in den alternativen Verbleiben

Die alternativen Verbleibsformen spiegeln bereits eine beachtliche Bandbreite wider. Noch stärker treten jedoch die regionalen Unterschiede hervor (vgl. rechte Hälfte Tab. 1). Auffallend ist z. B. die von Bundesland zu Bundesland stark variierende Bedeutung der Einmündung in eine (überwiegend) öffentlich finanzierte (kurz: „außerbetriebliche“) Berufsausbildung: Im Minimalfall waren dies im



VERENA EBERHARD

Dipl.-Psych., Mitarbeiterin im Arbeitsbereich „Berufsbildungsangebot und -nachfrage/ Bildungsbeteiligung“ im BIBB



JOACHIM GERD ULRICH

Dr. rer. pol., Dipl.-Psych., Mitarbeiter im Arbeitsbereich „Berufsbildungsangebot und -nachfrage/Bildungsbeteiligung“ im BIBB

Jahr 2009 landesweit nur 8,4 Prozent der Bewerber/-innen (in Niedersachsen), im Maximalfall dagegen 28,8 Prozent (in Mecklenburg-Vorpommern). Noch größer ist die Spannweite beim Verbleib in teilqualifizierenden Bildungsgängen: Die Quoten variierten hier zwischen 16,7 Prozent (in Berlin) und 44,3 Prozent (in Bayern). Aber auch die Anteile der unbekannt Verbliebenen weisen starke Differenzen auf (zwischen 23,5 % in Thüringen und 45,1 % in Berlin).

Die beträchtliche Varianz in den Verbleiben ist erklärungsbedürftig. Spiegelt sie regionale Unterschiede in den Wünschen der Jugendlichen wider, oder ist sie auf regionale Unterschiede in den alternativ zur Verfügung stehenden Angeboten zurückzuführen? Die offizielle Statistik lässt sich zur Beantwortung dieser Fragen nicht heranziehen, zumal sie keine Daten zu den subjektiven Bewertungen der Verbleibsalternativen durch die Jugendlichen erhebt. Aufschluss ermöglicht aber die gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit durchgeführte BA/BIBB-Bewerberbefragung, einer Repräsentativerhebung bei Bewerberinnen und Bewerbern des Jahres 2008. Sie fand rund drei Monate nach Abschluss des Berichtsjahres (30. 09. 2008) statt und liefert auch Informationen zum Verbleib der offiziell unbekannt Verbliebenen (vgl. EBERHARD/ULRICH 2010a). Bei den nachfolgenden Analysen beschränken wir uns auf jene 2.932 Befragten, die offiziell nicht in eine betriebliche Berufsausbildungsstelle einmündeten.

Welche alternativen Verbleibe entsprechen den Wünschen der Betroffenen?

Wie bewerteten die Jugendlichen ihre jeweiligen Verbleibe? Mehrheitlich als erste Wahl („wunschgemäß“) bzw. zumindest zweite Wahl („eine Alternative, die ich von vornherein einkalkulierte“) wurden alle *Varianten einer vollqualifizierenden Berufsausbildung* eingestuft (vgl. die weiß markierten Verbleibsformen in der Abbildung, S. 12). Von den *teilqualifizierenden Bildungsgängen* (hellblau markiert) traf dies nur auf den erneuten allgemeinbildenden Schulbesuch zu. Insgesamt schnitten die Bildungsgänge des sogenannten „Übergangssystems“ (z. B. BvB, BGJ) weniger gut ab als vollqualifizierende Ersatzlösungen außerhalb einer betrieblichen Ausbildung. Verbleibe außerhalb der Bildungssysteme wie z. B. Jobben (dunkelblau markiert) entsprachen insgesamt noch seltener den ursprünglichen Plänen.

Um nun zu kontrollieren, ob neben dem Verbleib die regionale Herkunft (Bundesland) oder individuelle Besonderheiten (u. a. Schulabschluss, Geschlecht, Migrationshintergrund) Einfluss auf die Bewertungen nahmen, berechneten wir ein logistisches Regressionsmodell. Auf die tabellarische Ergebnisdarstellung wird an dieser Stelle verzichtet. Es zeigte sich aber, dass die regionale Herkunft keine spezifische

Tabelle 1 **Verbleib der Bewerber/-innen der Jahre 2008 und 2009, die nach Kenntnis der Arbeitsverwaltung nicht in eine betriebliche Ausbildungsstelle einmündeten**

	Bundesweite Ergebnisse				Schwankung der %-Anteile in den 16 Ländern			
	2008 ¹		2009 ¹		2008		2009	
	absolut	in %	absolut	in %	Minimum	Maximum	Minimum	Maximum
Berufsausbildung/ Studium	71.417	19,2	67.577	19,9	13,8	38,6	15,4	39,2
<i>darunter:</i>								
Einmündung in außerbetriebliche Berufsausbildung	33.152	8,9	39.700	11,7	5,3	26,0	8,4	28,8
Fortsetzung einer betrieblichen Berufsausbildung	8.176	2,2	5.640	1,7	1,1	3,4	,7	2,3
Fortsetzung einer außerbetrieblichen Berufsausbildung	21.563	5,8	14.922	4,4	2,9	12,6	2,3	6,8
Studium	8.526	2,3	7.315	2,2	1,4	5,2	1,4	4,7
Sonstige, i. d. R. teilqualifizierende Bildungsgänge	121.442	32,7	119.060	35,0	17,7	38,6	16,7	44,3
<i>darunter:</i>								
Schulbildung	67.255	18,1	63.555	18,7	7,5	24,2	7,6	26,7
Berufsvorbereitungs-, -grundbildungsjahr	2.377	,6	5.390	1,6	,1	2,3	,1	3,7
Praktikum	9.645	2,6	10.263	3,0	1,2	4,9	1,2	7,2
Einstiegsqualifizierung (EQ)	5.973	1,6	5.893	1,7	,0	3,2	,1	3,6
Fördermaßnahmen (ohne EQ)	36.192	9,8	33.959	10,0	4,2	15,2	5,2	15,8
Verbleib außerhalb von Bildung	43.396	11,7	34.518	10,1	8,6	14,5	7,6	13,1
<i>darunter:</i>								
Erwerbstätigkeit	34.023	9,2	25.156	7,4	6,1	12,1	4,9	10,6
Bundeswehr/Zivildienst, freiwilliges soziales/ökol. Jahr	9.373	2,5	9.362	2,8	1,5	4,1	1,5	4,8
Unbekannt verblieben	120.391	32,4	102.503	30,1	27,2	46,3	23,5	45,1
Unversorgte Bewerber/-innen (bislang noch ohne Verbleibsalternative)	14.515	3,9	16.439	4,8	1,0	11,8	1,2	13,8
Bewerber/-innen insgesamt	371.161	100,0	340.097	100,0	-	-	-	-

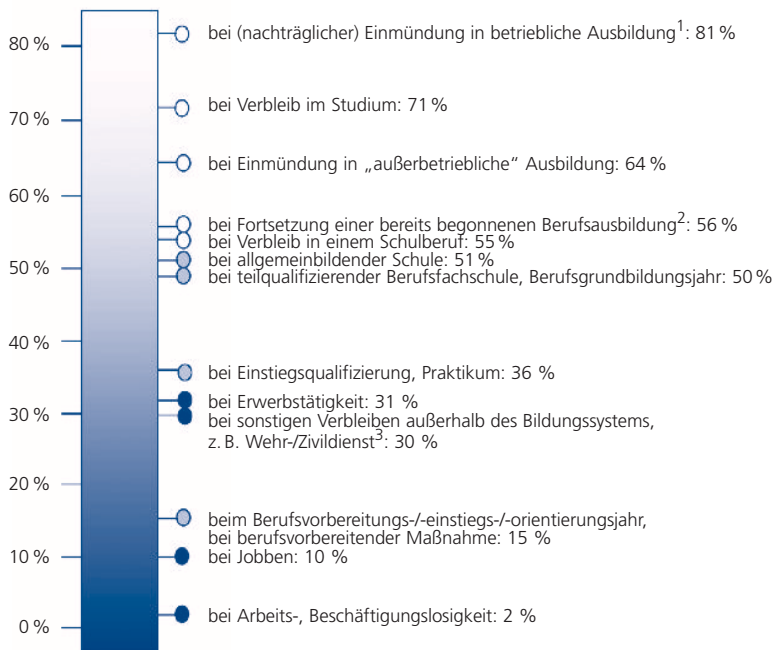
¹ 2008 ohne und 2009 einschließlich Bewerber, die bei den zugelassenen kommunalen Trägern (zkt) registriert waren

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2009a, 2009b); eigene Berechnungen

Bedeutung hatte (Bewerber/-innen aus Bayern bewerteten also die jeweiligen Verbleibe ähnlich wie z. B. Bewerber/-innen aus Thüringen). Und auch die individuellen Merkmale waren bedeutungslos – mit zwei Ausnahmen: Bewerber/-innen, die bereits länger suchten und/oder weniger gute Schulnoten hatten, beurteilten viele Verbleibe grundsätzlich kritischer. Dies könnte ein Zeichen für eine wachsende Ungeduld der Altbewerber/-innen und der Bewerber/-innen mit schlechten Marktaussichten sein. Denn gerade ihnen drohen, Zeit und Möglichkeiten für den Einstieg in eine betriebliche Lehre wegzubrechen (s. u.).

Die ursprünglichen Bildungspläne der Jugendlichen können somit nur zum Teil als Erklärung für ihre Verbleibe herangezogen werden. Sie liefern allein auch keine ausreichende Erklärung für die starke regionale Varianz. Somit sind als weitere Erklärungsgrößen für die Verbleibsunterschiede strukturelle Einflüsse in Betracht zu ziehen. Dabei lautet die zentrale Frage: Wie beeinflussen die (alternativen) Bildungsangebote, die in den Regionen zur Verfügung stehen, den Verbleib der Bewerber/-innen?

Abbildung **Anteile der Bewerber/-innen, die ihren Verbleib als wunschgemäß bzw. als von vornherein einkalkuliert bezeichneten**



1. auch Personen, die ohne Rückmeldung an die Arbeitsverwaltung in eine betriebliche Ausbildung einmündeten

2. Personen, die sich aus einer laufenden Ausbildung heraus beworben hatten

3. zudem freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Hausmann/-frau, sonstiges und ohne Angabe

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2008 (n = 2.932 Personen, für die bis zum 30. 09. 2008 keine Einmündung in eine betriebliche Ausbildungsstelle registriert werden konnte)

„Sortierlogiken“ des alternativen Verbleibs

Zur Beantwortung dieser Frage wurden über ein multinomiales logistisches Regressionsmodell für jede Bewerberin/jeden Bewerber drei Wahrscheinlichkeitsverhältnisse berechnet (vgl. Tab. 2):

- die Wahrscheinlichkeit, sich *in vollqualifizierender Ausbildung* zu befinden – gegenüber der Wahrscheinlichkeit, lediglich *teilqualifiziert* zu werden (Spalte 2)
- die Wahrscheinlichkeit, *in vollqualifizierender Ausbildung* zu sein – gegenüber der Wahrscheinlichkeit, außerhalb der Bildungssysteme zu verbleiben (Spalte 3)
- die Wahrscheinlichkeit, *teilqualifiziert* zu werden – gegenüber der Wahrscheinlichkeit, *nicht mehr in den Bildungssystemen* zu sein (Spalte 4).

Bei der Abschätzung der Wahrscheinlichkeiten wurde zum einen berücksichtigt, welche und wie viele Bildungsangebote es jeweils in dem Bundesland der Bewerberin/des Bewerbers gab, und es wurden zum anderen wichtige Merkmale der Jugendlichen einbezogen (vgl. Spalte 1). Zugleich wurden die Analysen auf die Gruppe der nichtstudienberechtigten Personen eingeschränkt, da Studienberechtigten

die Ausweichmöglichkeit in die Hochschulen offensteht und sie somit faktisch über eine vollqualifizierende Ausbildungsplatzgarantie verfügen (EBERHARD/ULRICH 2010a).

Die in Tabelle 2 enthaltenen Koeffizienten sind wie folgt zu interpretieren: Werte über 1,000 deuten ein *Übergewicht* der in der Spaltenüberschrift jeweils zuerst genannten Wahrscheinlichkeit an, Werte unter 1,000 dagegen ein *Untergewicht*.

Wie Tabelle 2 im oberen Teil zeigt, nimmt das regional verfügbare Bildungsangebot signifikanten Einfluss auf den Verbleib der Jugendlichen. Bei einem höheren Anteil an vollqualifizierenden Angeboten (insbesondere an außerbetrieblichen Angeboten in BBiG/HwO-Berufen) steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Jugendlichen in einer Berufsausbildung befinden. Umgekehrt führt ein größeres Angebot an teilqualifizierenden Plätzen im „Übergangssystem“ auch dazu, dass Bewerber/-innen eher dort hineingelangen und keine Berufsausbildung absolvieren.

Zugleich lassen sich einflussreiche „Sortierlogiken“ in Zusammenhang mit individuellen Merkmalen der Jugendlichen ausmachen: Dass noch nicht volljährige Bewerber/-innen vollqualifizierend (und nicht teilqualifizierend) ausgebildet werden, kommt fast nicht vor; ihr Platz ist vor allem das „Übergangssystem“. Dies gilt auch unter Kontrolle ihrer schulischen Voraussetzungen. Offenbar gilt die Regel, dass junge Bewerber/-innen, die in keine betriebliche Ausbildungsstelle einmündeten, vom Übergangssystem aufgefangen werden, selbst wenn sie als ausbildungsreif gelten. Wer vollqualifizierend ausgebildet werden möchte (und das heißt vor allem, in öffentlich finanzierte außerbetriebliche Ausbildung einzumünden), muss in der Regel älter sein und bereits das Übergangssystem kennengelernt haben.

Allerdings ist es auch problematisch, *zu alt* zu sein. Denn Bewerber/-innen über 19 Jahre befinden sich zwar öfter in voll- als in teilqualifizierender Ausbildung, sie sind aber auch signifikant häufiger außerhalb des Bildungssystems zu finden. Und mit jedem weiteren Lebensjahr steigt das Risiko dafür stark an. Anscheinend gilt die Regel: „Mit 15 oder 16 meist noch zu jung für die Berufsausbildung, aber mit 20 womöglich auch schon wieder zu alt“ (IMDORF 2009).

Wohin mit ausbildungsreifen, aber erfolglosen Bewerberinnen und Bewerbern?

Was ist nun das Fazit dieser Analysen? Offenbar trifft auf die alternativen Verbleibe von erfolglosen betrieblichen Lehrstellenbewerbern das zu, was SEIBERT/HUPKA-BRUNNER/IMDORF (2009, S. 616 f.) kürzlich für die Gesamtheit der ausbildungsinteressierten Jugendlichen feststellten:

„dass das regionale Bildungsangebot die Chancen beim Zugang zur Berufsausbildung sowohl positiv als auch negativ beeinflusst“.

Im hier vorliegenden Fall heißt dies: Bei den alternativen Verbleibsangeboten gibt es regional stark variierende Schwerpunktsetzungen, die wiederum signifikanten Einfluss auf den tatsächlichen Verbleib der Jugendlichen nehmen. Infolgedessen ist z. B. die Chance, sich ersatzweise im Rahmen außerbetrieblicher Berufsausbildung qualifizieren zu lassen, nicht überall gleich hoch. Dies gilt selbst dann, wenn man in Rechnung stellt, dass sich die erfolglosen Bewerber/-innen in ihren Merkmalen (Alter, schulische Vorbildung, Migrationshintergrund) von Ort zu Ort unterscheiden und sich allein deshalb unterschiedliche Handlungslogiken ergeben. Dabei empfinden viele Jugendliche eine geförderte Berufsausbildung als die bessere Alternative zur fehlenden betrieblichen Lehrstelle – anstatt (erneut) in teilqualifizierenden Bildungsgängen des „Übergangssystems“ ausgebildet zu werden, um dort jene Ausbildungsreife zu erwerben, die ihnen bereits attestiert wurde.

Unter anderem aufgrund der Übergangsprobleme an der zweiten Schwelle und systemischer Bedenken wird eine ersatzweise angebotene, überwiegend öffentlich finanzierte Berufsausbildung von einigen Experten und Expertinnen allerdings durchaus kritisch gesehen und als „unzureichende Lösung“ bezeichnet (vgl. LUTZ u. a. 2010, S. 12 f.). Die Kritik ist ernst zu nehmen und berechtigt; sie kann aber die Antwort auf die Frage nicht ersetzen, was im Falle fehlender betrieblicher Ausbildungsplätze mit ausbildungsreifen, aber erfolglosen Bewerberinnen und Bewerbern sinnvollerweise geschehen soll. Teilqualifizierende Alternativangebote bergen ab einer bestimmten Dauer der erfolglosen Suche die Gefahr, dass die Bewerber/-innen sie nicht mehr annehmen, das Bildungssystem verlassen und somit in dauerhafte Ausbildungslosigkeit abrutschen.

Eine solche Gefahr lässt sich nur dann wirkungsvoll minimieren, wenn ausbildungsreifen, aber trotz erkennbarer Bemühungen erfolglosen Bewerberinnen und Bewerbern institutionelle Sicherheit auf eine vollqualifizierende Berufsausbildung gewährt wird. Hierzu sind Regelungen erforderlich, wie die Jugendlichen im Notfall (und nur im Notfall!) auch ohne betrieblichen Ausbildungsvertragspartner zu einem Berufsabschluss gelangen. Da die meisten Jugendlichen eine Lehre im Betrieb gegenüber einer außerbetrieblichen Ausbildung bevorzugen, ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass solche Regelungen die Bewerbungsanstrengungen der Schulabgänger/-innen von vornherein schwächen.

Für studienberechtigte Bewerber/-innen ist dieses „institutionelle Kapital“ (eines sicheren Ausbildungszugangs) faktisch vorhanden, da sie sich alternativ in den öffentlich

Tabelle 2 **Verbleibswahrscheinlichkeiten der Bewerber/-innen in Abhängigkeit vom regional verfügbaren Bildungsangebot und von individuellen Merkmalen**

	Art des Verbleibs		
	vollqualifizierend und nicht teilqualifizierend	vollqualifizierend und nicht außerhalb von Bildung	teilqualifizierend und nicht außerhalb von Bildung
Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4
Regionales Bildungsangebot			
Vollqualifizierende Bildungsangebote¹⁾			
Umfang des betrieblichen Angebots	1,181*	,965	,817***
außerbetriebliche Angebote in BBIG-Berufen	1,372**	1,232*	,898
Angebote in den Schulberufen	1,050	1,096	1,044
Teilqualifizierende Bildungsangebote¹⁾			
Umfang der Berufsvorbereitungsangebote	,787*	,918	1,167
Angebote in teilqualifizierenden Berufsfachschulen und im Berufsgrundbildungsjahr	,897***	,931*	1,037
Angebote in den Fachoberschulen	,854*	1,007	1,179*
Individuelle Merkmale			
Qualifikation und weitere individuelle Merkmale			
mittlerer Schulabschluss	,569***	1,051	1,848***
unterdurchschnittliche Mathematiknote	,930 ⁺	,832***	,895*
weibliches Geschlecht	,883	,718**	,813*
Migrationshintergrund	,771*	1,081	1,402**
Lebensalter (Referenz: 18 Jahre)			
14 bis 16 Jahre alt	,266***	2,130**	8,004***
17 Jahre alt	,623**	2,026***	3,254***
19 Jahre	1,339*	,719*	,537***
20 bis 21 Jahre	1,823***	,437***	,240***
22 Jahre und älter	2,459***	,344***	,140***
Erfahrungen mit teilqualifizierenden Bildungsgängen (Referenz: keine)			
ein Bildungsgang	1,270*	1,660***	1,307*
zwei Bildungsgänge	1,518**	1,840***	1,212
drei Bildungsgänge	1,709**	1,640**	,960

¹⁾ Rechnerisch bezogen auf je 10 nichtstudienberechtigte Schulabgänger/-innen (regionalisiert nach den 16 Ländern)

$R^2 = ,283$ (Nagelkerke) * $p < ,050$ ** $p < ,010$ *** $p < ,001$

$n = 2.261$ nichtstudienberechtigte Bewerber/-innen, für die bis zum 30. 09. 2008 keine Einmündung in betriebliche Berufsausbildung festgestellt werden konnte (vollqualifizierend: $n = 646$, teilqualifizierend: $n = 891$, außerhalb von Bildung: $n = 724$)

finanzierten Hochschulen ausbilden lassen können. Für Bewerber/-innen mit niedriger Schulbildung ist es ebenfalls gegeben, sofern sie zu den genuin Benachteiligten (Lernbeeinträchtigte, sozial Benachteiligte, Jugendliche mit Behinderungen) gezählt werden können und sich hierüber besondere institutionelle Möglichkeiten eröffnen. Ein Graubereich besteht dagegen für „marktbenachteiligte“ Jugendliche, die nicht diesem Kreis angehören, aber auf Vorbehalte bei den Betrieben stoßen. Für sie waren die Vermittlungsmöglichkeiten bislang vor allem in den Problemregionen Westdeutschlands begrenzt (FUNCKE/OBERSCHACHTSIEK/GIESECKE 2010). Zwar war die Ausbildungslage im Osten viele Jahre nicht viel besser. Mit Hilfe der außerbetrieblichen Berufsausbildung gelang es dort aber dennoch, die Ausbildungslosigkeit der Jugendlichen über alle Jahre hinweg auf einem niedrigeren Maß zu halten als im Westen (vgl. EBERHARD/ULRICH 2010b).

Die derzeit gute konjunkturelle Entwicklung und der demografische Trend lassen erwarten, dass zukünftig ein größerer Bewerberanteil als bislang in eine betriebliche Ausbildung gelangen wird. Tatsächlich stieg 2010 die Einmündungsquote in ungeforderte Berufsausbildung gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozentpunkte auf nunmehr 41 Prozent. Da die Einmündungsquote in geförderte Berufsausbildung bei sieben Prozent verharrte, gelangten insgesamt 267.789 der insgesamt 552.168 gemeldeten Bewerber/-innen in eine Berufsausbildungsstelle (Bundesagentur für Arbeit 2010). Damit waren allerdings 284.379 (52 %) nicht in eine vollqualifizierende Berufsausbildungsstelle des dualen Systems eingemündet. Davon besuchten wiederum mehr als 100.000 eine Maßnahme des sogenannten „Übergangssystems“ oder eine allgemeinbildende Schule. Das Ziel eines möglichst raschen Übergangs in Berufsausbildung wurde somit auch 2010 bei vielen Bewerberinnen und Bewerbern nicht erreicht.

Die aktuelle bildungspolitische Diskussion zur Verbesserung der Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung hat die Bertelsmann Stiftung und das BIBB veranlasst, Berufsbildungsexperten danach zu fragen, wie sie derzeit den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung bewerten und wie sie über unterschiedliche Reformvorschläge des Übergangssystems denken. Erste Ergebnisse hierzu werden noch in diesem Jahr veröffentlicht. ■

Literatur

- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: *Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Berichtsjahr 2008/09. Nur Agenturen für Arbeit und Arbeitsgemeinschaften, ohne zugelassene kommunale Träger. Nürnberg 2009a*
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: *Alle gemeldeten Bewerber für Berufsausbildungsstellen. Berichtsjahr 2008/09. Nürnberg 2009b*
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: *Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Berichtsjahr 2009/2010 Deutschland (September 2010). Nürnberg 2010.*
- EBERHARD, V.; ULRICH, J. G.: *Übergänge zwischen Schule und Berufsausbildung. In: BOSCH, G.; KRONE, S.; LANGER, D. (Hrsg.): Das Berufsbildungssystem in Deutschland. Wiesbaden 2010a, S. 133–164*
- EBERHARD, V.; ULRICH, J. G.: *„Ausbildungsreif“ und dennoch ein Fall für das Übergangssystem? Institutionelle Determinanten des Verbleibs von Ausbildungsstellenbewerbern in teilqualifizierenden Bildungsgängen. In: KREKEL, E. M.; LEX, T. (Hrsg.): Neue Jugend? Neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung. Bielefeld 2010b, S. 97–113*
- FUNCKE, A.; OBERSCHACHTSIEK, D.; GIESECKE, J.: *Keine Perspektive ohne Ausbildung. Eine Analyse junger Erwachsener ohne Berufsabschluss in Westdeutschland. Gütersloh 2010*
- IMDORF, C.: *Mit 16 noch zu jung und mit 19 bereits zu alt für eine Berufslehre? (Vortrag im Rahmen der BIBB/DJI-Fachtagung „Neue Jugend? Neue Ausbildung?“ am 28./29. 10. 2009 in Bonn*
- LUTZ, B. u. a.: *Fachkräftemangel in Ostdeutschland. Konsequenzen für Beschäftigung und Interessenvertretung. Frankfurt am Main 2010*
- SEIBERT, H.; HUPKA-BRUNNER, S.; IMDORF, C.: *Wie Ausbildungssysteme Chancen verteilen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 61 (2009) 4, S. 595–620*

Anzeige

Jugendliche

Prozess der sozialen und beruflichen Integration in der Phase des Übergangs von Schule in Ausbildung

Dieser Sammelband versteht sich als Beitrag zu einer stärkeren Verbindung von Jugend- und Bildungsforschung und geht folgenden Fragen nach:

- Wie gut sind die Jugendlichen auf die neuen Herausforderungen vorbereitet?
- Wie gelingt ihnen der Einstieg in die Berufsausbildung?
- Wie können sich Unternehmen auf den zu erwartenden Wettbewerb um Auszubildende vorbereiten?



Elisabeth M. Krekel (Hg.)

Neue Jugend, neue Ausbildung?

Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung

2011, 286 S.,

28,90 € (D)/48,- SFr

ISBN 978-3-7639-1140-0

Best.-Nr. 111-038

wbv.de

W. Bertelsmann Verlag
Bestellung per Telefon 0521 91101-11 per E-Mail service@wbv.de

